

Flexible Mehrheiten, fragmentierte Mitte: Das Europäische Parlament seit der Wahl 2024

Nicolai von Ondarza/Sophia Russack*

The 2024 European elections shifted the balance of power in the European Parliament: while the pro-European centre of the European People's Party (EPP), the Socialists and Democrats (S&D) and the Liberals (Renew Europe) still hold a majority, gains for the far right and losses for liberals and greens have visibly changed the picture. Because majorities in the European Parliament form vote-by-vote rather than along a government-opposition logic, this reshapes legislative dynamics. The article analyses the tenth legislative term (to May 2026) through four majority constellations: the dominant but less stable "von der Leyen platform", oversized consensus majorities, EPP cooperation with the far right (the "Venezuela majority"), and thematic ad-hoc alliances (the "horseshoe majority"). Policymaking in the European Union increasingly resembles a minority government with the EPP as kingmaker. This strengthens the EPP in the short term but, in the long run, endangers the parliament's capacity to act and the pro-European centre.

Die Europawahlen 2024 haben das politische Kräfteverhältnis im Europäischen Parlament sichtbar verschoben. Zwar blieb die proeuropäische Mitte aus der „Europäischen Volkspartei“ (EVP), den Sozialdemokrat:innen (S&D) und „Renew Europe“ (Renew) rechnerisch mehrheitsfähig. Die Zugewinne von Rechtsaußenparteien,¹ die Entstehung neuer Rechtsaußenfraktionen sowie die Verluste insbesondere der Liberalen und Grünen haben die politische Situation des Parlaments dennoch spürbar verändert.

Diese Entwicklung ist institutionell bedeutsam. Anders als in nationalen Parlamenten entstehen Mehrheiten im Europäischen Parlament traditionell nicht entlang einer festen „Regierungs-Oppositions-Logik“, sondern durch von Abstimmung zu Abstimmung wechselnde Mehrheiten. Die Europawahlen beeinflussen daher nicht unmittelbar die Bildung einer Regierung, wohl aber die strategischen Optionen für die Gesetzgebung, institutionelle Machtverteilung und politische Agendasetzung.

Das 2024 gewählte Europäische Parlament ist anders zusammengesetzt und die Auswirkungen der Wahlen werden nun sichtbar. Zu Beginn der Legislaturperiode einigte sich die EVP als größte Fraktion noch mit S&D und Renew darauf, gemeinsam zusammenzuarbeiten. Diese wird im Europäischen Parlament „Von-der-Leyen-Plattform“ genannt. Damit handelt es sich explizit nicht um eine feste Koalition, sondern um eine lose gemeinsame politische Plattform. Zunehmend wird die Zusammenarbeit der drei Parteien jedoch von Misstrauen überschattet. Die aktuelle Dynamik der Entscheidungsfindung in der Europäischen Union (EU) ähnelt immer mehr der einer Minderheitsregierung, wie sie aus nationalen politischen Systemen bekannt ist.

Der vorliegende Beitrag untersucht die Mehrheitsfindung im Europäischen Parlament in dieser zehnten Legislaturperiode (2024–2029, analysiert bis Mai 2026). Im Zentrum steht

* Dr. Nicolai von Ondarza, Senior Fellow, Forschungsgruppe EU/Europa, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Dr. Sophia Russack, Research Fellow, Centre for European Policy Studies, Brüssel.

1 Als Rechtsaußenparteien zählen wir alle Parteien, die sich in Fraktionen rechts der EVP organisieren.

die Beobachtung, dass trotz fortbestehender rechnerischer Mehrheiten in der politischen Mitte alternative Mehrheitskonstellationen deutlich an Bedeutung gewinnen. Anhand ausgewählter Abstimmungsmuster analysiert der Beitrag vier unterschiedliche Mehrheitskonstellationen: die weiterhin dominante, aber weniger stabile Von-der-Leyen-Plattform der Mitte, übergroße institutionelle Konsensmehrheiten, die Kooperationen der EVP mit Rechtsaußen sowie thematische Ad-hoc-Allianzen über klassische ideologische Trennlinien hinweg.

Der Beitrag argumentiert, dass die Europawahlen 2024 politische Richtungsverschiebungen im Europäischen Parlament verursacht und damit, im Sinne „demokratischer Relevanz“, Politikveränderungen in der EU ausgelöst haben.

Zugleich erhöht die zunehmende Fragmentierung die Unberechenbarkeit parlamentarischer Mehrheiten. Dies stärkt in der aktuellen Lage kurzfristig die strategische Schlüsselrolle der EVP, birgt langfristig jedoch Risiken für die Handlungsfähigkeit des Parlaments und die Stabilität der proeuropäischen Mitte.

Dies zeigt, dass die Ergebnisse der Europawahlen tatsächlich Politik beeinflussen, und stellt das klassische Argument infrage, wonach Wähler:innen nur begrenzten Einfluss auf die EU-Politik hätten. Gleichzeitig macht diese neue Fragmentierung die EU-Politikgestaltung unvorhersehbarer und schwieriger. Die Europäische Kommission muss nun mit wechselnden parlamentarischen Mehrheiten rechnen, ohne sicher zu wissen, welche Koalition sich im Einzelfall durchsetzen wird. Das erschwert die Gesetzgebungsverhandlungen. Die EVP ist bei zentralen Entscheidungen wie dem Haushalt weiterhin auf zentristische Partner angewiesen, könnte diese jedoch durch eine häufige Zusammenarbeit mit Rechtsaußen entfremden. Zugleich werden Rechtsaußenkräfte politisch aufgewertet.

Die Mehrheitsfindung im Europäischen Parlament und ihre Besonderheiten

Das Europäische Parlament funktioniert nicht wie ein klassisches nationales Parlament. Es gibt keine klare Struktur aus Regierung und Opposition, in der eine feste Mehrheit die Regierung stützt. Stattdessen wird jede Mehrheit neu ausgehandelt, auf Grundlage einer eher lockeren Übereinkunft zwischen den großen Fraktionen über eine gemeinsame Agenda.²

Seit der ersten Direktwahl 1979 dominierten Christdemokrat:innen und Sozialdemokrat:innen das Europäische Parlament und die breitere europäische Politik. Gemeinsam stellten sie lange Zeit mehr als die Hälfte der Abgeordneten. Dies hat sich jedoch verändert: Seit 2019 benötigen sie einen dritten Partner, in der Regel die Liberalen, um stabile Mehrheiten zu bilden. Seit 2024 haben sich die Dynamiken erneut gewandelt, da mehrere Mehrheiten nicht nur rechnerisch möglich sind, sondern auch tatsächlich genutzt werden. Das ist besonders relevant, weil für bestimmte Entscheidungen eine absolute Mehrheit erforderlich ist, etwa für Änderungen an Gesetzestexten in zweiter Lesung, Haushaltsentscheidungen oder die Wahl des:der Präsident:in der Europäischen Kommission.³

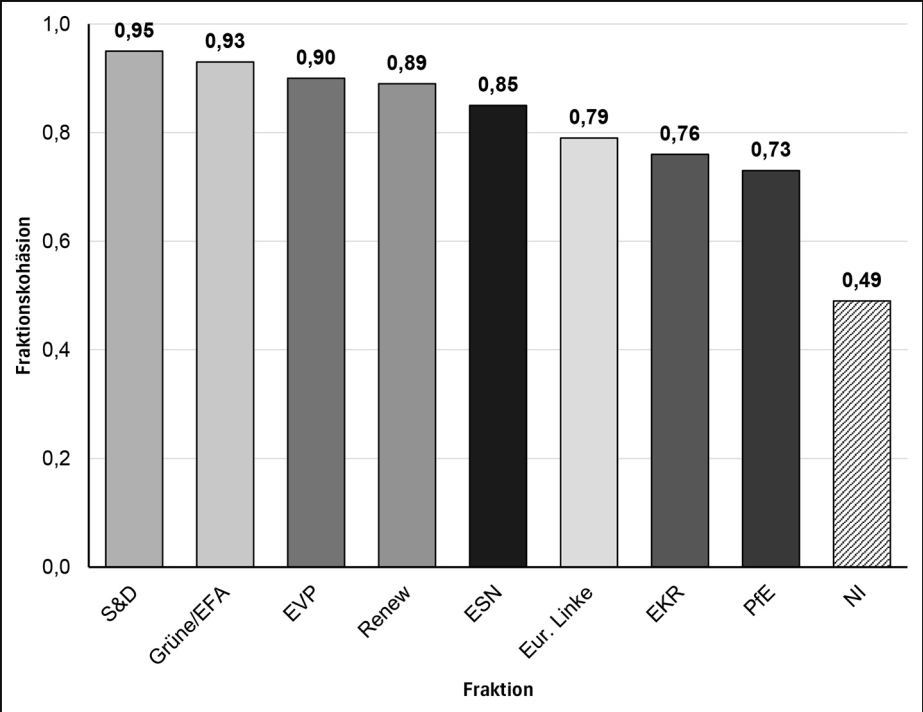
Die Fraktionsdisziplin unterscheidet sich deutlich zwischen den politischen Gruppen. Allgemein gelten die Grünen als besonders kohärent in ihrem Abstimmungsverhalten,

² Richard Corbett et al.: The European Parliament, 10. Aufl., London 2024.

³ Ebenda.

während die Geschlossenheit tendenziell abnimmt, je weiter rechts eine Fraktion im politischen Spektrum steht (siehe Abbildung 1). Das hängt auch damit zusammen, dass insbesondere in den weiter rechts stehenden Gruppen nationale Interessen häufig stärker im Vordergrund stehen als die Suche nach gesamteuropäischen Kompromissen.⁴ Eine Ausnahme bildet im aktuellen Europäischen Parlament die Fraktion „Europa der Souveränen Nationen“ (ESN), auch weil sie mit 15 von 27 Abgeordneten stark von einer einzelnen nationalen Partei, der „Alternative für Deutschland“ (AfD), dominiert wird.

Abbildung 1: Kohäsion der Fraktionen im Europäischen Parlament in der 10. Wahlperiode (Juli 2024–Mai 2026)



Legende: S&D = Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Grüne/EFA = Die Grünen/Europäische Freie Allianz, EVP = Europäische Volkspartei, Renew = Renew Europe, ESN = Europa der Souveränen Nationen, Eur. Linke = Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL, EKR = Europäische Konservative und Reformer, PFE = Patrioten für Europa, NI = „non-inscrits“ (fraktionslos).
Quelle: eigene Berechnung mit der Hix-Noury-Roland-Formel auf Grundlage der Abstimmungsdaten von HowTheyVote.eu.

Wie in den meisten Parlamenten ist auch die Arbeit im Europäischen Parlament nach Ausschüssen organisiert. Es werden Änderungsanträge eingebracht, verhandelt und Kompromisse ausgearbeitet. Das Europäische Parlament übt seine Gesetzgebungsbefugnisse

4 David M. Willumsen: Policy preferences, unity, and floor dissent in the European Parliament, in: Journal of European Public Policy 10/2023, S. 2010–2030.

deutlich entschlossener aus als nationale Parlamente, die Gesetzesvorschläge der Regierung nur selten substanziell ändern oder ablehnen.⁵

Zwar gibt es auch im Plenum Debatten, Änderungsanträge und Abstimmungen, doch der dortige Austausch hat oft nur einen begrenzten Einfluss auf die formale Bestätigung. Viele Entscheidungen beruhen auf bereits ausgehandelten Kompromissen zwischen Parlament, Kommission und Rat in den sogenannten Trilogien.

Die Mehrheitsfindung erfolgt daher maßgeblich in den Ausschüssen und die eigentliche politische Arbeit erfolgt vor der finalen Abstimmung. Während Schlussabstimmungen in der Regel als namentliche Abstimmungen („roll-call votes“) durchgeführt werden und damit nachvollziehbar sind, werden viele Änderungsanträge per Handzeichen beschlossen, sodass sich das individuelle Abstimmungsverhalten dort nicht rekonstruieren lässt.

Neben Parteipolitik und fachlicher Spezialisierung gibt es im Europäischen Parlament eine dritte wichtige Dimension, die die Mehrheitsbildung beeinflusst: die Nationalität. Seit den frühen Tagen der europäischen Integration in den 1950er Jahren sitzen die Mitglieder des Europäischen Parlaments entsprechend ihrer ideologischen Ausrichtung zusammen und nicht, wie in den parlamentarischen Versammlungen anderer internationaler Organisationen üblich, nach nationalen Delegationen.⁶ Dennoch bleiben Europaabgeordnete zugleich Teil nationaler Delegationen innerhalb ihrer Fraktionen.⁷ Die Beratungen im Parlament werden somit von unterschiedlichen Trennlinien zwischen den Mitgliedstaaten geprägt und hängen häufig auch vom jeweiligen nationalen Wahlzyklus sowie von den Dynamiken zwischen Regierung und Opposition der Parteien in den Heimatländern ab.⁸ Diese Dynamiken spielen sowohl auf Ausschussebene, wo nationale Delegationen gewissermaßen Subgruppen innerhalb der Ausschüsse bilden, als auch auf Plenarebene eine Rolle. Diese Konfliktlinien werden selten offen benannt, insbesondere im Plenum, wo Abgeordnete es meist vermeiden, sich explizit auf ihre Nationalität zu beziehen. Dennoch können sie für Verhandlungen innerhalb der Fraktionen und Ausschüsse sowie für das Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter entscheidend sein.⁹ Entsprechend lässt sich beobachten, dass sich Mehrheiten im Europäischen Parlament in bestimmten Politikfeldern eher entlang nationaler als parteipolitischer Linien bilden. Die Debatte um das Mercosur-Abkommen ist hierfür ein anschauliches Beispiel (siehe unten).

Ausgangslage: Die Wahlen 2024 und die Neuordnung des Rechtsaußenspektrums

Der politische Kontext der Europawahlen 2024 war von der „Polykrise“ der EU geprägt. Erstmals waren weniger Bürger:innen zur Wahl aufgerufen, das Vereinigte Königreich hatte die EU 2020¹⁰ verlassen. Der Urnengang fand zudem im Schatten der russischen

5 Daniel Kenealy et al.: *The European Union: How Does it Work?*, 6. Aufl., Oxford 2022, S. 67.

6 Ariadna Ripoll Servent/Olivier Costa: *The European Parliament: powerful but fragmented*, in: Dermot Hodson et al. (Hrsg.): *The Institutions of the European Union*, 5. Aufl., Oxford 2021, S. 128–148, hier S. 137.

7 Tapio Raunio: *The European Parliament*, in: Erik Jones/Anand Menon/Stephen Weatherill (Hrsg.): *The Oxford Handbook of the European Union*, Oxford 2012, S. 365–379, hier S. 368.

8 Christel Koop/Christine Reh/Edoardo Bressanelli: *When politics prevails: Parties, Elections and Loyalty in the European Parliament*, in: *European Journal of Political Research* 3/2018, S. 563–586.

9 Ripoll Servent/Costa: *The European Parliament: powerful but fragmented*, 2021, S. 138.

10 2019 fand die Europawahl im Vereinigten Königreich noch statt, obwohl der Austrittsprozess bereits weit fortgeschritten war. Die 73 britischen EU-Abgeordneten gaben ihr Mandat zum formellen Austritt am 30. Januar 2020 ab, danach wurden Teile der Sitze unter den übrigen EU-27 aufgeteilt und nachbesetzt.

Invasion der Ukraine sowie der Erfahrungen der COVID-19-Pandemie statt. Hinzu kamen die Angriffe auf Israel im Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg in Gaza, sodass die Themen Krieg, Sicherheit und Frieden eine unmittelbare Bedeutung für die Bevölkerungen in der EU hatten.¹¹ Auch die mit der russischen Invasion und der Pandemie verbundene Inflation bei Energiepreisen und Lebenshaltungskosten bestimmte die Lebensrealität konkret: Laut einer Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2023 gaben fast drei Viertel der Befragten an, dass sie davon ausgehen, dass ihr Lebensstandard durch die Krise absehbar sinken werde.¹²

Gleichzeitig gab es auch Kontinuitäten: Trotz erhöhter Aufmerksamkeit für die Rolle der EU, insbesondere während der COVID-19-Pandemie, bei Russlandsanktionen oder beim Green Deal, blieb die Wahlbeteiligung mit 50,74 Prozent (2019: 50,66 Prozent) auf vergleichsweise niedrigem Niveau stabil. Vor allem aber blieb der Wahlkampf weitgehend eine Aneinanderreihung nationaler Debatten, mit nur wenig bis gar keinen gemeinsamen transeuropäischen Debatten. Die „Spitzenkandidaten“ spielten dabei nur in den wenigsten Mitgliedstaaten eine Rolle, teils weil es als ausgemacht galt, dass die EVP erneut die größte Fraktion und damit die Kommissionsspitze stellen würde,¹³ teils weil 2019 der Europäische Rat das Spitzenkandidatenprinzip umgangen hatte.¹⁴ Sowohl im Wahlkampf als auch in den Wahlergebnissen zeigte sich die Europawahl weiter – nun mit Abstrichen – als Wahl zweiter Ordnung („second-order election“).¹⁵

Eine Besonderheit im Wahlkampf war jedoch die Thematisierung von Mehrheiten im Parlament und dem potenziellen Zuwachs von Rechtsaußenparteien. Schon 2014 und 2019 war der „Rechtsruck“ eines der Narrative um die Europawahlen gewesen, jedoch mit klarer Abgrenzung (Brandmauer/„cordon sanitaire“) durch die anderen Parteien. Im Wahlkampf 2024 stellte der Vorsitzende der EVP, Manfred Weber, erstmals Kriterien zur Diskussion, nach denen die EVP mit ausgewählten Teilen des Rechtsaußenspektrums zusammenarbeiten würde: So wäre eine Zusammenarbeit mit Parteien möglich, solange diese „[p]ro Europa, pro Rechtsstaat und pro Ukraine“¹⁶ seien. Dies zielte insbesondere auf Teile der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) ab, insbesondere Giorgia Melonis „Fratelli d'Italia“. Die europäischen Sozialdemokrat:innen und Liberalen lehnten jeweils hingegen jede Zusammenarbeit mit Rechtsaußen ab, wozu sie auch die komplette EKR zählen. Schon im Wahlkampf stand daher die Ausgestaltung alternativer Mehrheiten im Europäischen Parlament zur Debatte.¹⁷

11 Für einen Überblick zu den Wahlkampfthemen siehe Michael Kaeding/Manuel Müller/Alexander Hoppe (Hrsg.): Die Europawahl 2024. Rechtsruck im Schatten des Krieges, Cham 2025.

12 Europäische Union: EP Autumn 2023 Survey: Six months before the 2024 European Elections, abrufbar unter: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3152> (letzter Zugriff: 3.6.2026).

13 Kevin Cunningham et al.: A sharp right turn: A forecast for the 2024 European Parliament elections, 23.1.2024, abrufbar unter: <https://ecfr.eu/publication/a-sharp-right-turn-a-forecast-for-the-2024-european-parliament-elections/> (letzter Zugriff: 3.6.2026).

14 Eva Heibredner/Daniel Schade: Interinstitutioneller Wettbewerb und das Spitzenkandidaten-Verfahren: Aller guten Dinge sind drei?, in: Michael Kaeding/Manuel Müller/Alexander Hoppe (Hrsg.): Die Europawahl 2024. Rechtsruck im Schatten des Krieges, Cham 2025, S. 519–532.

15 Simon Hix/Kevin Cunningham: Still second-order national elections? Evaluating the classic model after the 2024 European elections, in: West European Politics 1/2026, S. 243–264.

16 Tagesspiegel: „Pro Europa, pro Rechtsstaat, pro Ukraine“. Europäische Volkspartei verspricht „Brandmauer“ gegen rechtsaußen, 6.3.2024.

17 Cas Mudde: The Far Right and the 2024 European Elections, in: Intereconomics 2/2024, S. 61–65.

Bei den eigentlichen Wahlen setzte sich die EVP als größte Fraktion durch. Seitdem schlossen sich ihr weitere Abgeordnete an, sodass ihr mittlerweile 187 Abgeordnete (Stand Mai 2026)¹⁸ angehören. Deutliche Verluste verzeichneten hingegen S&D (135/-19 Sitze), Renew (76/-32 Sitze) und die europäischen Grünen (53/-21 Sitze). Bereits aus diesen Verschiebungen leitet sich eine zentrale Änderung ab: Während in der neunten Legislaturperiode (2019–2024) Mehrheiten links der Mitte gegen die EVP möglich waren – und etwa beim Green Deal auch genutzt wurden – ist im Parlament der zehnten Legislaturperiode gegen die EVP links der Mitte keine eigene Mehrheit mehr möglich.

Die zweite große Verschiebung waren die Zugewinne der Rechtsaußenparteien. Während der ganz große „Rechtsruck“ ausblieb – auch weil Rechtsaußenparteien bereits 2019 substanzielle Zugewinne hatten –, war der Zuwachs dennoch bedeutsam: Relevant war zunächst die geographische Verteilung. Während Rechtsaußenparteien bei Wahlen zum Europäischen Parlament bis 2014 ein Phänomen in einzelnen, teilweise wechselnden EU-Staaten waren, wurden 2024 in nur drei, relativ kleinen EU-Staaten (Irland, Malta und Slowenien) keine Rechtsaußenparteien ins Parlament gewählt.¹⁹

In nur drei der anderen Staaten verloren sie Stimmen (Finnland, Schweden und Ungarn), während sie ihre größten Zugewinne ausgerechnet in den drei größten EU- und Gründerstaaten Deutschland (AfD/ESN), Frankreich („Rassemblement National“, RN/PfE) und Italien („Fratelli d'Italia“/EKR) erzielten, wo sie jeweils auch zur stärksten Kraft wurden. So sind Abgeordnete aus Rechtsaußenparteien nunmehr mit zusammen 191 Abgeordneten und damit 26,5 Prozent der Sitze zwar weit entfernt von einer eigenen Mehrheit, aber auch groß genug, um die Mehrheitsverhältnisse mitzuprägen.

Eine dritte große Veränderung, die sich auch auf die Reihenfolge der Fraktionen auswirkte, erfolgte hingegen erst nach der Wahl: der Umbau im Rechtsaußenlager. Das Ziel einer vereinigten Rechtsaußenfraktion wurde verfehlt. Stattdessen wurden aus vorher zwei Fraktionen im Juni 2024 drei: Während die EKR-Fraktion mit leichten Änderungen bestehen blieb, löste sich die bisherige Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) auf, nachdem sie noch während des Wahlkampfes die deutsche AfD rausgeworfen hatte. An ihrer Stelle gründeten sich unter der Führung von Marine Le Pen und Viktor Orbán die selbsternannten „Patrioten für Europa“ (PfE), die primär ehemalige ID-Mitglieder wie die niederländische „Partij voor de Vrijheid“ oder die „Freiheitliche Partei Österreichs“, fraktionslose Parteien wie „Fidesz – Magyar Polgári“ und mit der tschechischen „ANO 2011“ und der spanischen „Vox“ auch ehemalige Mitglieder von Renew und der EKR-Fraktion umfassen. Mit aktuell 84 Abgeordneten wurden die PfE zur drittstärksten Fraktion noch vor Renew und den EKR.

Hinzu kommt die nunmehr kleinste Fraktion, die mit aktuell 27 Abgeordneten nur knapp über der Mindestgröße liegt, die ESN. Sie wird von der AfD angeführt, die nicht in

18 Zur Einfachheit nutzt dieser Artikel durchgängig die Fraktionszugehörigkeit zum Stand Mai 2026. Seit den Europawahlen haben sich durch Fraktionswechsel bereits wieder einzelne Änderungen ergeben.

19 Sara B. Hobolt/Sebastian Adrian Popa/Wouter van der Brug: European democracy in action? The 2024 European Parliament elections, in: *Journal of European Public Policy* 2/2026, S. 399–414.

die Pfe aufgenommen wurde. Vergleicht man jedoch die inhaltliche Grundsatzpositionierung von Pfe und ESN, sind die Unterschiede minimal.²⁰

Auf den ersten Blick ist das Rechtsaußenspektrum in der aktuellen Legislaturperiode sogar fragmentierter als zuvor und reicht von der nationalkonservativen EKR-Fraktion über die rechtspopulistischen Pfe bis hin zur teilweise rechtsextremen ESN. Aber auch der Umgang mit den drei Rechtsaußenfraktionen ist nun differenzierter. Während die anderen Fraktionen bei Beginn der Legislaturperiode die Brandmauer gegen Pfe und ESN aufrechterhielten, indem beiden Ausschussvorsitze und die Vertretung im Präsidium des Europäischen Parlaments verwehrt wurden, wurde die EKR-Fraktion auf Bestreben der EVP wie eine reguläre Fraktion behandelt.

Vier alternative Mehrheiten

Mit nunmehr acht statt zuvor sieben Fraktionen präsentierte sich das Europäische Parlament zu Beginn der Legislaturperiode also fragmentierter. Nichtsdestotrotz stellte Ursula von der Leyen fest: „[E]s gibt weiterhin eine Mehrheit in der Mitte für ein starkes Europa, und das ist entscheidend für Stabilität. Mit anderen Worten: Die Mitte hält.“²¹ Die EVP sowie S&D und Renew, die schon 2019 von der Leyen zur Kommissionspräsidentin gewählt hatten, stellten weiterhin eine zwar kleinere, aber belastbare Mehrheit.²² Dennoch existierte erstmals rechnerisch eine Mitte-rechts- und Rechtsaußen-Mehrheit aus EVP mit EKR, Pfe und ESN, die zu Beginn der Legislaturperiode angesichts der Fragmentierung in drei Rechtsaußenfraktionen und den genannten Bedingungen der EVP für eine Zusammenarbeit eher theoretisch erschien. Schaut man sich die Abstimmungsergebnisse zum Stand Mai 2026 an, ergeben sich jedoch mittlerweile vier unterschiedliche Mehrheiten.

Der Regelfall: Die Von-der-Leyen-Plattform

Zu Beginn einer jeden Legislaturperiode benötigt es im Europäischen Parlament eine Mehrheit, um den:die Kommissionspräsident:in auf Vorschlag des Europäischen Rates zu wählen und später die gesamte Kommission zu bestätigen. Über Jahrzehnte war hierfür eine Mehrheit aus EVP und S&D ausreichend. Mit der neunten Legislaturperiode ab 2019 benötigte es erstmals drei Fraktionen.

Zu Beginn der zehnten Legislaturperiode fand sich, trotz potenzieller alternativer Mehrheiten, in kurzer Zeit die sogenannte Von-der-Leyen-Plattform aus EVP, S&D und Renew zusammen, die gemeinsam über 398 Abgeordnete (Stand Mai 2026) und damit eine klare absolute Mehrheit verfügt. Keinen Monat nach der Europawahl schlug der Europäische Rat am 27. Juni 2024 von der Leyen (EVP) formell zur Wiederwahl vor, im politischen Paket mit António Costa (europäische Sozialdemokrat:innen) als Präsident des Europäischen Rates und Kaja Kallas (Liberale) als Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicher-

20 Max Becker/Nicolai von Ondarza: Begrenzte rechte Neuordnung im Europäischen Parlament. Die Rekonfiguration der Rechtsaußenfraktionen im Europäischen Parlament nach den Wahlen 2024 und ihre Auswirkungen, Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Aktuell 2024/A 46.

21 Reuters: European Election: Key quotes from across the EU, 10.6.2024. Übersetzung der Autor:innen.

22 Ben Crum: Party Dynamics in the 2024 European Parliament Elections: How the European People's Party Has Come to Occupy the Centre of Power, in: Journal of Common Market Studies S1/2025, S. 80–90.

heitspolitik.²³ Auf Basis dieser Abmachung wurde von der Leyen am 18. Juli 2024 mit 401 Stimmen wiedergewählt.²⁴

Zur Abstimmung über die gesamte Kommission im Herbst 2024 vereinbarten EVP, S&D und Renew eine „Kooperationsplattform“²⁵ über ihre Zusammenarbeit in der Legislaturperiode. In Inhalt, Form und Verbindlichkeit unterscheidet sich diese jedoch deutlich von Koalitionsverträgen, wie sie etwa in Deutschland auf nationaler oder regionaler Ebene geschlossen werden. Im Rahmen der Kooperationsplattform wurden weder Verfahren zur gegenseitigen Koordination noch detaillierte politische Ziele vereinbart. Vielmehr enthält die zweiseitige politische Erklärung eine generelle Absicht der drei Fraktionen, während der zehnten Legislaturperiode zusammenzuarbeiten und sich an den Zielen der politischen Leitlinien von der Leyens für ihre Kommission²⁶ zu orientieren. Die Fraktion „Die Grünen/Europäische Freie Allianz“ (Grüne/EFA) war formell nicht Teil dieser Plattform, unterstützte grundsätzlich aber die Wahl der Kommission und – mit Einschränkungen – ihre politischen Ziele.

In der Praxis war die Übereinstimmung zwischen den drei Fraktionen der Plattform im Untersuchungszeitraum trotz zunehmender öffentlicher Meinungsverschiedenheiten weiterhin hoch. So stimmten in 520 namentlichen Plenarabstimmungen EVP und Renew in 93 Prozent der Fälle gemeinsam ab, EVP und S&D in 87 Prozent und S&D und Renew in 92 Prozent.²⁷ Alle drei Fraktionen stimmten durchschnittlich in über 85 Prozent der Fälle gemeinsam ab und sind daher im überwiegenden Teil der Abstimmungen weiterhin Kern der Mehrheitsbildung im Parlament.

Die Bedeutung der Plattform zeigt sich insbesondere bei Grundsatzentscheidungen der EU. Zwei Beispiele verdeutlichen dies. Das erste sind die Wahl und die politische Unterstützung der Kommission von der Leyen. Neben der ursprünglichen Wahl von der Leyens im Juli 2024 und der Bestätigung der Kommission im November 2024 musste sich die Kommission weiteren Abstimmungen in Form von vier Misstrauensvoten stellen. Dies ist ebenfalls eine Besonderheit dieser Legislaturperiode – erstmals haben Rechtsaußenfraktionen ausreichend Mitglieder, um wiederholt Misstrauensvoten zu beantragen, wobei einer der vier Anträge auch aus der Linken-Fraktion kam.²⁸ Die Erfordernisse für einen Erfolg

23 Desmond Dinan/Sophia Russack: The Formation of the Second von der Leyen Commission: Nomination, Organisation and Confirmation, in: *Journal of Common Market Studies* S1/2025, S. 91–104.

24 Die Abstimmung zur Wahl der Kommissionspräsidentin ist geheim, daher ist formell nicht eindeutig, welche der 401 Stimmen auch von anderen Fraktionen kamen und wie viele Abweichter:innen es bei EVP, S&D und Renew gegeben hat.

25 Platform Cooperation statement between EPP, S&D, and Renew Europe, abrufbar unter: <https://www.socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/2024-11/platform-cooperation-statement-between-epp-sd-and-renew-europe-en-241120.pdf> (letzter Zugriff: 25.6.2026).

26 Europäische Kommission: Europa hat die Wahl. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024–2029. Ursula von der Leyen. Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission, Straßburg 2024.

27 Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten von [HowTheyVote.eu](https://www.howtheyvote.eu). Es wurde jeweils berechnet, wie die Mehrheit einer Fraktion abgestimmt hat, und die Übereinstimmungen mit den anderen Fraktionen betrachtet.

28 Im Europäischen Parlament sind 72 Abgeordnete erforderlich, um einen Misstrauensantrag zu stellen; dies kann also bereits von der EKR oder den PfE alleine erfolgen. Um erfolgreich zu sein, ist jedoch eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig, die aus mindestens der Hälfte aller 720 Abgeordneten besteht. Die Hürden für einen Erfolg sind also relativ hoch. Siehe Sophia Russack: *Undermining trust, not toppling the Commission – the European Parliament’s fringes have rediscovered the censure motion*, 8.10.2025, abrufbar unter: <https://www.ceps.eu/undermining-trust-not-toppling-the-commission-the-european-parliaments-fringes-have-rediscovered-the-censure-motion/> (letzter Zugriff: 3.6.2026).

sind hierbei gemäß Art. 234 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen, die eine Mehrheit der Parlamentsmitglieder umfassen soll, besonders hoch. Zudem richtet sich das Misstrauensvotum grundsätzlich gegen die Kommission als Ganze, nicht gegen die Kommissionspräsidentin.

Dennoch waren die Misstrauensvoten politisch bedeutsam, weil sie ein öffentliches Bekenntnis zur Kommissionspräsidentin verlangten, die ihrerseits insbesondere auf S&D und Renew zuging, um sich ihrer Unterstützung zu versichern. In der Praxis nahm die Unterstützung für von der Leyen von der Wahl im Juli 2024 zum ersten Misstrauensvotum im Juli 2025 zunächst ab (siehe Tabelle 1), beim (vorerst) letzten Misstrauensvotum im Januar 2026 stimmten EVP, S&D, Renew und auch die Grünen aber mit wenigen Abweichler:innen geschlossen für die Kommission.

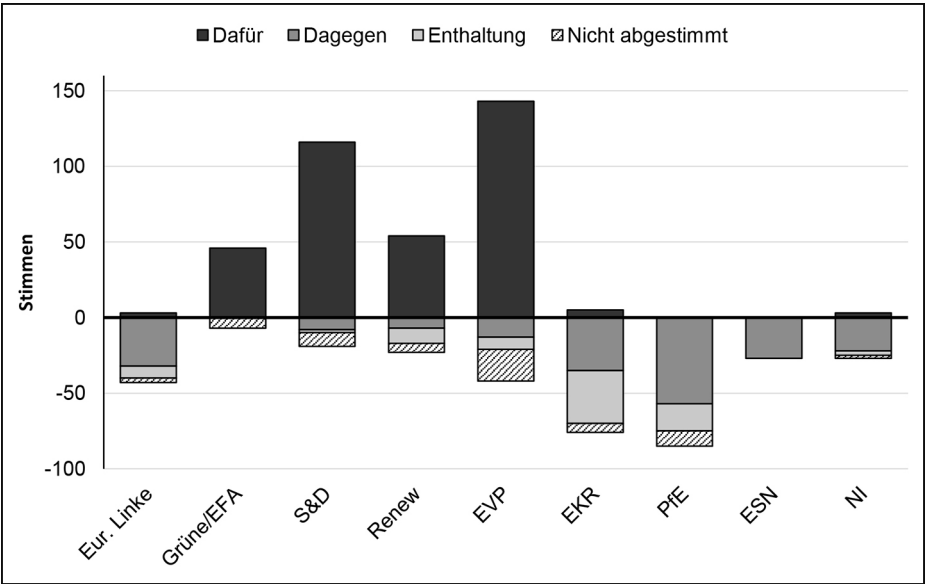
Tabelle 1: Zustimmung zur Von-der-Leyen-Kommission II

Name	Datum	Ja	Nein	Enthaltung
Wahl der Kommissionspräsidentin	18. Juli 2024	401	284	22
Zustimmung zur gesamten Kommission	27. November 2024	370	282	36
Misstrauensantrag I (einzelne Abgeordnete)	10. Juli 2025	175	360	18
Misstrauensantrag II (PfE)	9. Oktober 2025	179	378	37
Misstrauensantrag III (Linke)	9. Oktober 2025	133	383	78
Misstrauensantrag IV (PfE)	22. Januar 2026	165	390	10

Quelle: eigene Zusammenstellung auf Basis offizieller Angaben des Europäischen Parlaments. Bei den Misstrauensvoten ist eine „Nein“-Stimme eine Stimme für den Verbleib der Von-der-Leyen-Kommission.

Ein zweites Beispiel für die Bedeutung der Plattform für Grundsatzentscheidungen im Europäischen Parlament ist der Haushalt, für den es im Parlament eine Mehrheit braucht. Im April 2026 legte das Parlament seine Position zu den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) von 2028–2034 fest. Der MFR wird auf Vorschlag der Europäischen Kommission vom Europäischen Rat verhandelt, allerdings mit Zustimmungsrecht des Parlaments, das traditionell eher einen höheren EU-Haushalt fordert. So auch in seinem Beschluss im April 2026, in dem es mit einer knappen Mehrheit von 56 Prozent etwa mehr Investitionen in Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit forderte, vor allem aber auch mehr Ausgaben für Landwirtschaft und Kohäsion. Dafür stimmten – mit einigen Abweichler:innen – die Fraktionen der Von-der-Leyen-Plattform sowie auch die Grünen. Die Fraktion „Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL“ (Linke), die EKR – mit vielen Enthaltungen, etwa von Abgeordneten der „Fratelli d’Italia“ –, die PfE und die ESN stimmten mehrheitlich dagegen (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Abstimmung im Europäischen Parlament zum Zwischenbericht über den Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034, 28. April 2026



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der Daten von HowTheyVote.eu.

Der verbliebene Konsens: Übergroße Mehrheiten

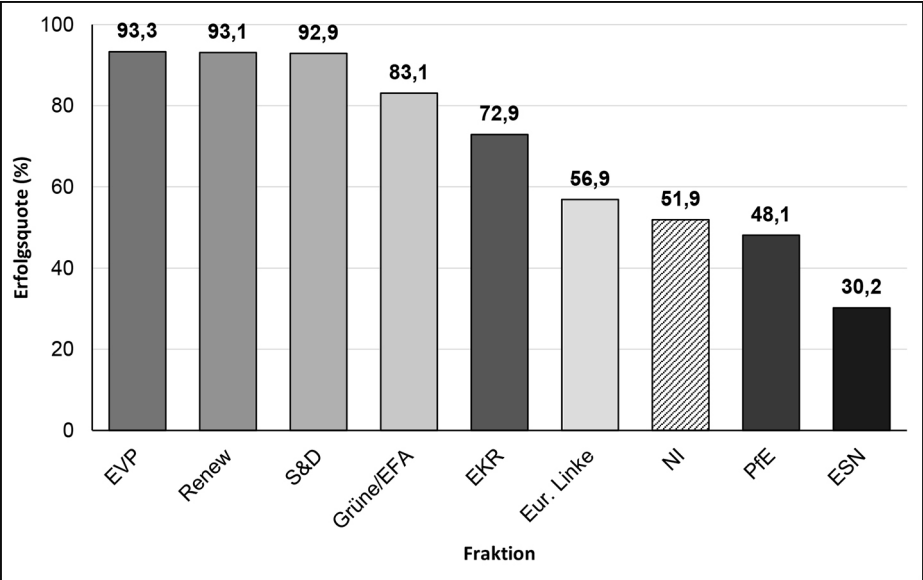
Eine Besonderheit des Europäischen Parlaments ist, dass trotz der größeren Fragmentierung und gestiegenen Politisierung weiterhin viele Abstimmungen im Plenum mit übergroßen Mehrheiten getroffen werden. Tatsächlich ist dies weiterhin für den Großteil der Abstimmungen der Fall: Stand Mai 2026 wurden von den 520 namentlichen Abstimmungen im Plenum 323 (62,1 Prozent) von einer Mehrheit mit über 70 Prozent der abgegebenen Stimmen gewonnen.²⁹

Diese übergroßen Mehrheiten haben weiterhin die Von-der-Leyen-Mehrheit als Kern, werden aber etwa auch von den Grünen/EFA, der EKR und oft sogar der europäischen Linken, der Pfl und (seltener) der ESN unterstützt. Dies zeigt sich darin, wie oft die einzelnen Fraktionen Teil der Mehrheit im Parlament sind. In Parlamenten mit einer klaren Trennung von Regierung und Opposition ist dies klar verteilt – die Regierungsfaktionen sind grundsätzlich Teil der Mehrheit, die Oppositionsfaktionen selten bis nie. Im Europäischen Parlament hingegen zeigen sich eher graduelle Unterschiede: Am häufigsten ist die EVP dank ihrer zentralen Position mit 93,3 Prozent Teil der Mehrheit, dann folgen in kurzen Abständen S&D, Renew und – oft unterstützend für die Von-der-Leyen-Plattform – die Grünen. In der zehnten Legislaturperiode folgt mit 72,9 Prozent schon die EKR, und selbst die Linke (56,9 Prozent) und die rechtspopulistische Pfl (48,1 Prozent) sind in etwa der Hälfte der Abstimmungen Teil der Mehrheit. Nur die ESN liegt mit 30,2 Prozent

29 Eigene Berechnung auf Basis der Abstimmungsdaten von HowTheyVote.eu.

deutlich darunter, stimmt aber immerhin noch bei fast einem Drittel der Abstimmungen der Mehrheit zu (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Erfolgsquote nach Fraktion im Europäischen Parlament der 10. Wahlperiode (Juli 2024–Mai 2026)



Quelle: eigene Berechnung auf Grundlage der Abstimmungsdaten von [HowTheyVote.eu](https://www.howtheyvote.eu).

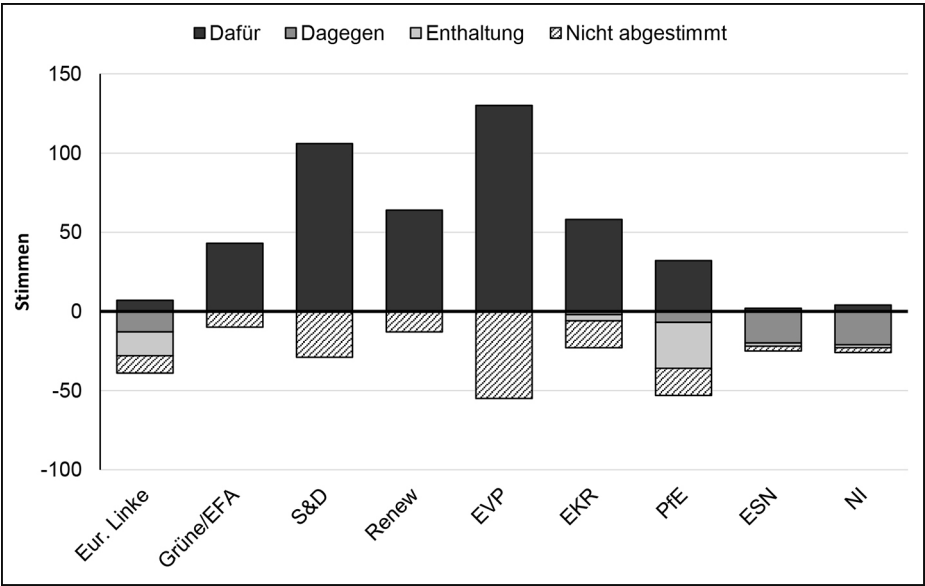
Beispiele für solche übergroßen Mehrheiten liegen zum einen dort, wo das Europäische Parlament gemeinsam mit dem Rat und der Europäischen Kommission ausgehandelte Kompromisse formell verabschiedet, die auch im Rat Einstimmigkeit unter den nationalen Regierungen erreicht haben. Besonders markant war die Verabschiedung der sogenannten Antikorruptionsrichtlinie im März 2026, der 90 Prozent der Abgeordneten (581 zu 21 bei 42 Enthaltungen) zustimmten, darunter die Mehrheiten aller Fraktionen mit Ausnahme der ESN, von der sich die Mehrheit enthielt.³⁰

Eine zweite Kategorie von Abstimmungen mit übergroßen Mehrheiten sind symbolische Abstimmungen mit oft normativer Grundorientierung, denen fast alle Fraktionen zustimmen. Ein jüngeres Beispiel hierfür war eine Resolution im April 2026, in der eine große Mehrheit Russlands Verantwortung für Angriffe gegenüber der Zivilbevölkerung in der Ukraine klar benannte. Obgleich der Umgang mit Russland an sich umstritten ist – andere Abstimmungen zu Russland bzw. der Ukraine haben knappere Mehrheiten –, konnte sich eine 80-Prozent-Mehrheit von 446 zu 63 Stimmen bei 52 Enthaltungen hinter der Forde-

30 Europäisches Parlament: Parliament greenlights EU anti-corruption rules, 26.3.2026, abrufbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20260323IPR38831/parliament-greenlights-eu-anti-corruption-rules> (letzter Zugriff: 3.6.2026); Daten hier von [HowTheyVote.eu](https://www.howtheyvote.eu): Combating corruption, 26.3.2026, abrufbar unter: <https://www.howtheyvote.eu/votes/189232> (letzter Zugriff: 3.6.2026).

rung versammeln, Angriffe auf die Zivilbevölkerung einzustellen.³¹ Die Resolution an sich war bereits von EVP, S&D, Renew, EKR und Grünen gemeinsam eingebracht worden. Die PöE stimmte etwa zur Hälfte dafür, während knapp die Hälfte der Linken sich enthielt und die ESN mehrheitlich dagegen war (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Abstimmung im Europäischen Parlament: Rechenschaft und Gerechtigkeit für Russlands Angriffe auf die Zivilbevölkerung in der Ukraine vom 30. April 2026



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der Daten von HowTheyVote.eu.

Bedeutungszuwachs von Rechtsaußen: Die „Venezuela-Mehrheit“

Seit den Europawahlen 2024 besteht erstmals eine weitere mögliche Mehrheit, zusammengesetzt aus EVP und den drei Rechtsaußenfraktionen. Was zunächst eher als theoretische Möglichkeit erschien, wurde vom Einzelfall zur regelmäßig genutzten Ausnahme.

Zunächst wurde diese Konstellation in einer symbolischen und später namensgebenden Abstimmung zu Venezuela erprobt. Dieser Präzedenzfall war eine weitgehend symbolische Entschließung zu den manipulierten Präsidentschaftswahlen in Venezuela, bei der sich im September 2024 erstmals eine Mehrheit von der EVP und den drei Rechtsaußen-Frak-tionen gegen S&D, Renew sowie Grüne und Linke formierte. Seither wird diese Konstel-lation aus Mitte-rechts- und Rechtsaußenfraktionen in Brüssel als „Venezuela-Mehrheit“

31 Europäisches Parlament: Joint Motion for a resolution on ensuring accountability and justice in response to Russia's continued attacks against the civilian population in Ukraine, 28.4.2026, abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-10-2026-0201_EN.html (letzter Zugriff: 3.6.2026); Daten hier von HowTheyVote.eu: Ensuring accountability and justice in response to Russia's continued attacks against the civilian population in Ukraine, 30.4.2026, abrufbar unter: <https://howtheyvote.eu/votes/192341> (letzter Zugriff: 9.6.2026).

bezeichnet. Eine eigene Mehrheit existiert dabei nur, wenn tatsächlich EVP und alle drei Rechtsaußenfraktionen miteinander stimmen.

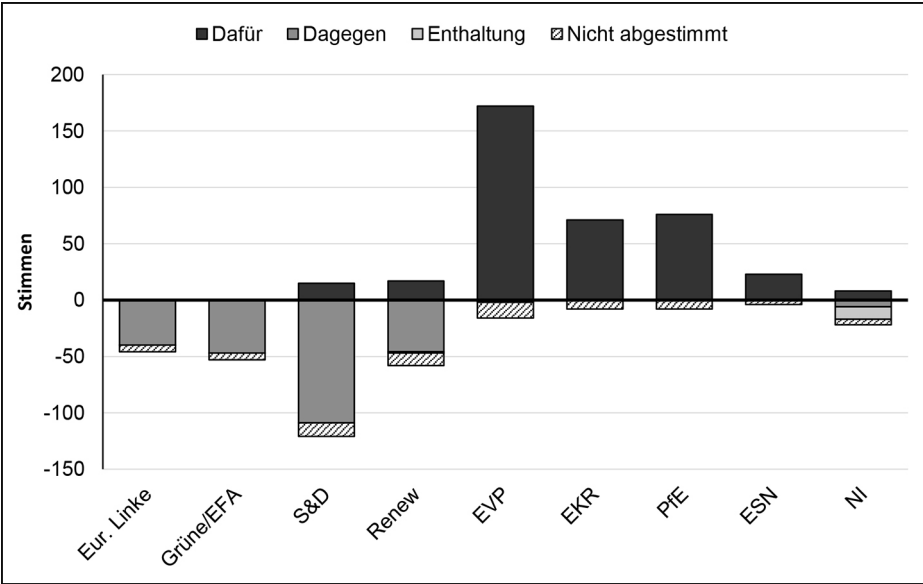
Die ersten richtungsweisenden Entscheidungen, die mit dieser Mehrheit getroffen wurden, fielen bereits im Herbst 2024 im Zuge der Bestätigungsanhörungen der designierten Kommissar:innen. Die EVP spielte als Königsmacherin, mit Unterstützung von Rechtsaußen eine entscheidende Rolle bei zentralen Aspekten des Anhörungsverfahrens, etwa bei der Festlegung der Reihenfolge der Anhörungen und der beteiligten Ausschüsse. Auch einige Entscheidungen darüber, welche Ausschüsse an bestimmten Anhörungen beteiligt wurden, führten zu Kritik. Die EVP behielt zudem in der Bewertungsphase einen erheblichen Einfluss. So ermöglichte die Mehrheit aus EVP und Rechtsaußenfraktionen bspw., dass der als Gesundheitskommissar vorgesehene Olivér Várhelyi aus Ungarn eine zweite Anhörung erhielt.³²

Seitdem entstehen bei zentralen Themen der EU-Agenda zunehmend Mehrheiten zwischen der EVP und den Rechtsaußenfraktionen. Die Venezuela-Mehrheit setzte sich bei einer Reihe von Abstimmungen durch: In weiteren symbolischen Resolutionen (etwa zu der ansteigenden politischen Gewalt in Kolumbien), in der Verschiebung und anschließenden Abschwächung der EU-Entwaldungsregeln, in Aufforderungen zu härterer Migrationspolitik im Zuge des EU-Haushaltsverfahrens oder zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Kontrolle angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung von NGOs mit EU-Mitteln.

Im November 2025 wurde erstmals ein Gesetz mit dieser Mehrheit verabschiedet. Zur Abstimmung stand die Vereinfachung der Nachhaltigkeitsrichtlinien für Unternehmen und deren Sorgfaltspflichten im Rahmen des EU-Lieferkettengesetzes (siehe Abbildung 5). Sie sollten zu einer Richtlinie zusammengefasst werden, Omnibus nennen sich solche Verfahren. Im Parlament herrschte Uneinigkeit darüber, in welchem Umfang die Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards herabgestuft werden müssen, um diese Vereinfachung zu erreichen. Die eigentliche Abstimmung zum Lieferketten-Omnibus erfolgte auf Grundlage eines Berichts, der von einem deutschen EVP-Abgeordneten der CDU vorbereitet wurde. Im Vorfeld fanden lange, konfliktreiche Verhandlungen mit S&D und Renew statt, in denen im Oktober 2025 eigentlich ein Kompromiss zustande gekommen war. Dieser Kompromiss scheiterte jedoch im Plenum in einer nicht öffentlichen Abstimmung, die zeigte, dass die Von-der-Leyen-Plattform hier zu keinem für alle drei Fraktionen akzeptablen Kompromiss fähig war. Ohne einen solchen Kompromiss der Mitte gab die EVP der Mehrheit mit Rechtsaußen den Vorzug: Am Ende stimmten 382 gegen 249 Abgeordnete für die verschärfte Form, darunter die EVP, die drei Rechtsaußenfraktionen, aber auch Abweichler:innen aus S&D und Renew. Seitdem folgten in mehreren Plenarsitzungen einzelne, aber politisch wichtige Entscheidungen mit der Mehrheit von EVP und der Rechtsaußenfraktionen.

32 Sophia Russack: Confirmation hearings and voting in the new Commission: what is the European Parliament's role?, Centre for European Policy Studies: CEPS Explainer, November 2024.

Abbildung 5: Abstimmung im Europäischen Parlament: Bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und Sorgfaltspflichten von Unternehmen (Omnibus) vom 13. November 2025



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der Daten von HowTheyVote.eu.

Die EVP betont, dass es sich um zufällige Mehrheiten handle und dass es keine formale Zusammenarbeit mit den drei Rechtsaußenfraktionen gebe. Allerdings legten Recherchen der Deutschen Presse-Agentur (dpa) im März 2026 eine aktive Koordination zwischen der EVP und Rechtsaußen im Europäischen Parlament offen.³³ In diesem Fall ging es um Änderungen der EU-Migrationspolitik, etwa bei den Kriterien für „sichere Drittstaaten“, und um die Grundlagen für Abschiebezentren. Dieser Vorgang zeigt, dass die Venezuela-Mehrheit kein Zufallsprodukt oder Einzelfall ist, sondern die EVP und die drei Rechtsaußenfraktionen in der Lage sind, einzelne Gesetze durch alle Stadien im Ausschuss und über Änderungsanträge im Plenum hinweg durchzusetzen.

Die Brandmauer im Europäischen Parlament ist damit längst porös, wenn nicht bereits gefallen. Natürlich hängt diese Bewertung stark davon ab, wie man den Begriff definiert. Weber verteidigt die Brandmauer im Europäischen Parlament dabei nicht primär über das Abstimmungsverhalten, sondern betont den Ausschluss institutioneller Zusammenarbeit. Die EVP habe „keinem Rechtspopulisten jemals die Hand gereicht, ins Amt verholten, in der [sic] Funktion verholten.“³⁴ Das ist nicht nur eine sehr großzügige Interpretation des Begriffs, sondern greift auch faktisch zu kurz: Zwar erhielten Rechtsaußenabgeordnete bislang keine Ausschussvorsitze, wohl aber Berichterstatterposten, etwa (ausgerechnet) zum Klimaziel 2040.

33 ZDF heute: EVP kooperiert stärker mit Rechten als bislang bekannt, 15.3.2026.
34 WELT: „Fatales Zeichen“ – Arbeitsministerin Bas kritisiert EVP-Chef Weber, 14.11.2025.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen zudem, dass es längst nicht mehr nur um zufällige oder situative gemeinsame Abstimmungen geht. Vielmehr werden Entscheidungen teilweise gemeinsam vorbereitet und strategisch koordiniert. Diese Unterscheidung ist zentral, insbesondere mit Blick auf die im nächsten Abschnitt diskutierte sogenannte Hufeisenmehrheit.

Gleichzeitig ist das Konzept der Brandmauer selbst politisch und normativ umstritten. Es handelt sich keineswegs um einen europaweit einheitlichen Maßstab, sondern vielmehr um ein durch den deutschen politischen Diskurs geprägtes Konzept. In mehreren Mitgliedstaaten, in denen auf nationaler Ebene Koalitionen mit Rechtsaußenparteien längst politische Realität sind, etwa in Italien, bestehen deutlich geringere Berührungspunkte. In anderen Ländern existiert ein vergleichbares Konzept faktisch gar nicht. Auch im Europäischen Parlament zeigt sich, dass politische Zusammenarbeit mit Rechtsaußen nicht ausschließlich ein Phänomen konservativer Parteien ist; in einzelnen Fällen stimmen auch linke oder progressive Kräfte mit Rechtsaußen überein, wenn sich inhaltliche Interessen überschneiden.

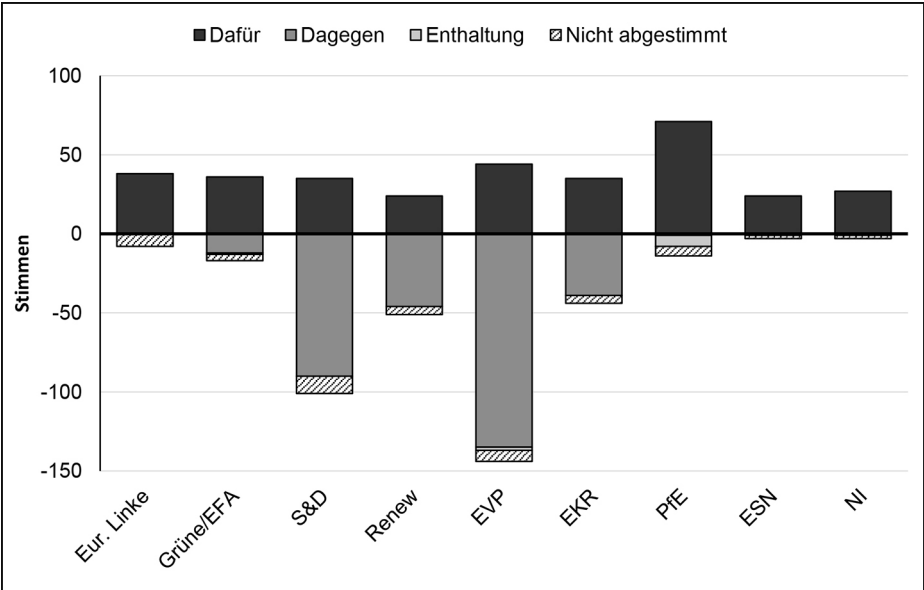
Ad-hoc-Mehrheiten: Die „Hufeisenmehrheit“ gegen Mercosur

Nicht zuletzt bleiben im fragmentierten Europäischen Parlament Ad-hoc-Mehrheiten jenseits der proeuropäischen Mitte und dem traditionellen Links-rechts-Spektrum möglich. Hierzu gehört die sogenannte Hufeisenmehrheit, die prominent im Zusammenhang mit dem Mercosur-Abkommen sichtbar wurde. Der Begriff beschreibt eine Mehrheit, die von der Linken über die Grünen bis zur extremen Rechten reicht, ergänzt durch einzelne Abweichler:innen aus der politischen Mitte. Diese Konstellation drohte zu einer Verzögerung des umstrittenen Freihandelsabkommens mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten zu führen, indem das Europäische Parlament im Januar 2026 eine rechtliche Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof anstieß und damit versuchte, das Abkommen zu verzögern oder möglicherweise ganz zu stoppen. 334 Abgeordnete stimmten für den entsprechenden Antrag, 324 dagegen (siehe Abbildung 6).³⁵

Neben der Ablehnung des Mercosur-Abkommens an den politischen Rändern spielte die Nationalität eine wichtige Rolle: Unterstützung aus nahezu dem gesamten politischen Spektrum kam etwa aus Frankreich und Polen, was die breite nationale Skepsis gegenüber dem Abkommen widerspiegelte. Unter den Abgeordneten aus Deutschland hingegen formierte sich die Mehrheit eher entlang einer klassischen Hufeisenkonstellation: Grüne, Linke, „Bündnis Sahra Wagenknecht“ und AfD unterstützten größtenteils den Antrag, während die Sozialdemokrat:innen und die konservative Union weiterhin auf eine möglichst rasche Umsetzung des Abkommens drängten. Diese Mehrheit wurde also auch deshalb möglich, weil alle EVP-Abgeordneten aus Polen und Frankreich gegen die Parteilinie stimmten. Anders als bei den wiederholten Fällen der Venezuela-Mehrheit blieb die Hufeisenmehrheit bisher ein Einzelfall, bei der es auch keine Anzeichen einer vorherigen Koordinierung gab.

35 HowTheyVote.eu: Request for opinion from the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the proposed EU-Mercosur Partnership Agreement (EMPA) and Interim Trade Agreement (ITA), 21.1.2026, abrufbar unter: <https://howtheyvote.eu/votes/183884> (letzter Zugriff: 10.6.2026).

Abbildung 6: Abstimmung im Europäischen Parlament: Antrag auf ein Gutachten des Gerichtshofs zur Vereinbarkeit des geplanten EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommens vom 21. Januar 2026



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der Daten von [HowTheyVote.eu](https://www.howtheyvote.eu).

Schlussfolgerungen: Die Dynamik einer Minderheitsregierung

Die veränderten Mehrheiten im zehnten Europäischen Parlament zeigen zunächst eines: Wahlen zum Europäischen Parlament wirken sich konkret auf die Politikgestaltung in der EU aus. Während in der neunten Legislaturperiode noch Mehrheiten gegen die EVP möglich waren, was etwa den Green Deal maßgeblich mitprägte, haben sich die Mehrheiten im aktuellen Parlament deutlich nach rechts verschoben. Das bedeutet, dass das Europäische Parlament seit den Europawahlen 2024 nicht mehr ausschließlich auf der Grundlage stabiler proeuropäischer Mehrheiten der politischen Mitte funktioniert.

Stattdessen ähnelt die parlamentarische Politik der EU zunehmend der Dynamik einer Minderheitsregierung, wie man sie aus der nationalen Politik kennt – mit der EVP in zentraler Rolle. Für die EVP bedeutet das kurzfristig eine starke Rolle als Königsbacherin. Zwar kann sie in Einzelfällen überstimmt werden, doch meist kann sie zwischen verschiedenen Mehrheiten wählen, je nach politischer Priorität. Mit einer EVP-Kommissionspräsidentin, einer EVP-Präsidentin des Europäischen Parlaments und einer Mehrheit von EVP-geführten nationalen Regierungen im Rat befindet sich die EVP wahrscheinlich in der stärksten Position seit Langem. Dies stärkt die EVP, birgt aber auch Gefahren für die politische Mitte, für die EU selbst und für die deutsche Europapolitik. Ohne die EVP sind – außer in besonderen Ausnahmen wie der Hufeisenmehrheit gegen den Mercosur-Handelsvertrag – keine Mehrheiten mehr im Europäischen Parlament möglich.

Das stärkt bereits das Gewicht der EVP in den häufigsten Mehrheitskonstellationen, der Von-der-Leyen-Plattform und den darauf aufbauenden übergroßen Mehrheiten.

Die in mittlerweile mehreren Fällen genutzte Venezuela-Mehrheit aus EVP und den drei Rechtsaußenfraktionen EKR, PfE und ESN hatte noch deutlichere Auswirkungen. Hiermit wurden im Europäischen Parlament Änderungen an Teilen des Green Deals und der Migrationspolitik beschlossen, die mit den Mehrheiten der vorherigen Legislaturperiode nicht möglich gewesen wären. Diese Beobachtung widerspricht zunächst zumindest einem Teil der These des demokratischen Defizits, zu deren Standardelementen es gehört, dass das Parlament zu schwach sei und dementsprechend die Bürger:innen bei den Europawahlen keinen substanziellen Einfluss auf die Politikentscheidungen der EU nehmen können.³⁶ Gemeinsam mit anderen Faktoren – darunter die Verschiebungen der Mehrheiten unter den nationalen Regierungen – zeigen die untersuchten Mehrheiten jedoch das Gegenteil. Dort, wo das Europäische Parlament als gleichberechtigter Mitgesetzgeber an der Politikformulierung der EU beteiligt ist, wirken sich auch veränderte Mehrheitsverhältnisse und damit die Wahlentscheidungen unmittelbar aus. Auch im Institutionengefüge der EU hat sich dabei die Rolle des Parlaments verändert – statt etwa gegenüber der Kommission und dem Rat auf eine Durchsetzung von Asylrechten zu drängen, votierte das Parlament mit der Venezuela-Mehrheit bei der Abstimmung über Abschiebezentren für eine Verschärfung des Kommissionsvorschlags, die sich anschließend auch im Trilog mit dem Rat durchsetzte.

Auch für die anderen Institutionen ist das Europäische Parlament ein unberechenbarer Partner geworden. Für zukünftige EU-Gesetze muss die Kommission nun verschiedene mögliche Mehrheiten im Blick behalten, oft ohne im Voraus zu wissen, welche sich durchsetzen wird. Das erfordert mehr Zusammenarbeit zwischen den Institutionen, erschwert jedoch auch die Ausarbeitung und Verhandlung von Gesetzesinitiativen und kann zentrale Teile der EU-Agenda verändern oder sogar scheitern lassen. In diesem Sinne ähnelt das Europäische Parlament nationalen Parlamenten doch stärker als früher: In einer Situation mit Minderheitsregierung müssen viel mehr Zeit, politische Energie und Aufmerksamkeit auf das Parlament investiert werden, um für Gesetze und Haushaltsentscheidungen immer wieder neue Mehrheiten zu organisieren. Während das Parlament nie der engste Verbündete des Rates war, wird es damit auch für die Kommission zu einem immer schwierigeren Verhandlungspartner.

Die Merkmale einer Minderheitsregierungsstruktur im Europäischen Parlament verändern die EU-Politik. Doch ein Blick auf nationale Minderheitsregierungen zeigt auch die Risiken: Für wichtige Entscheidungen und den Haushalt bleibt die EVP auf die Von-der-Leyen-Plattform angewiesen. Wenn sie zu häufig mit Rechtsaußen zusammenarbeitet, könnte diese lose Unterstützungsbasis zerbrechen. Einzelne Abgeordnete in der S&D-Fraktion drohten bereits öffentlich, einen eigenen Misstrauensantrag einzubringen, falls sich die Kooperation zwischen EVP und Rechtsaußen fortsetzt.³⁷ Gleichzeitig dürfte eine regelmäßige Zusammenarbeit mit Rechtsaußenkräften die Zusammenarbeit mit den Mitte-links-Parteien weiter erschweren, insbesondere bei anderen zentralen EU-Vorhaben, vom Haus-

36 Siehe hierzu z. B. Andreas Follesdal/Simon Hix: Why There Is a Democratic Deficit in the EU: A Response to Majone and Moravcsik, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2006, S. 533–562.

37 Nicholas Vinocur: Von der Leyen faces brutal new deal with European Parliament, in: *Politico*, 10.10.2025.

halt über Verteidigung bis zur EU-Handelspolitik. Hier bleiben die Rechtsaußenparteien notorisch unzuverlässig und in sich gespalten. Allein zwischen Juli 2025 und Januar 2026 legten deren Fraktionen drei Misstrauensanträge gegen EVP-Kommissionspräsidentin von der Leyen vor. Langfristig besteht außerdem die Gefahr, dass die EVP die Rechtsaußenparteien politisch aufwertet, obwohl diese weiterhin große Teile der EU-Agenda ablehnen.

Auch so spiegelt das Europäische Parlament in der zehnten Legislaturperiode die immer stärker fragmentierte europäische Politik wider. Wahlergebnisse verschieben die politischen Inhalte deutlich, bringen aber auch Konstellationen im Parlament und in vielen Mitgliedstaaten hervor, in denen es immer schwerer wird, stabile politische Mehrheiten zu finden.